

4. November 2020

Motion

von Stefan Urech (SVP)
und Thomas Schwendener (SVP)

Der Stadtrat wird beauftragt, von der geplanten Bring your own device (BYOD)-Policy für die Sekundarschule abzukommen und allen Lernenden dieser Stufe bis im Schuljahr 2023/24 ein Gerät der Schule zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

BYOD-Policy nicht sinnvoll

Die Verlockung, sich während des Unterrichts von Chats, sozialen Netzwerken oder anderen Webseiten ablenken zu lassen, ist gross. Zwar können über das Schulinterne WLAN einzelne Webseiten gesperrt werden, nicht aber wenn die Schülerinnen und Schüler mit ihrem privaten Gerät über das Mobilfunknetz surfen. Mit den Kameras ihrer privaten Geräte können die Schülerinnen und Schüler unbeaufsichtigt Fotos und Videos von Klassenkameradinnen und -kameraden oder der Lehrperson machen. In Zeiten von Cybermobbing ist dies höchst problematisch. Damit im Unterricht sinnvoll mit digitalen Endgeräten gearbeitet werden kann, muss die Lehrperson eine umfassende Kontrolle über die Geräte der Schülerinnen und Schüler haben. Sie muss, insbesondere während Prüfungen, die Bildschirme zentral überwachen und bei Bedarf auch sperren können. Dies ist mit der BYOD-Policy technisch nicht umsetzbar.

Kompatibilitätsprobleme können den Unterricht blockieren

Wenn jeder Schüler sein eigenes Gerät mitbringt, ist die Lehrperson unverhältnismässig häufig mit technischen Kompatibilitätsproblemen konfrontiert. Auf jedem privaten Gerät läuft eine spezifische Version von Windows, OSX oder gar Android. Je nachdem sind noch diverse Zusatzprogramme installiert, die zu Kompatibilitätsproblemen führen könnten. Es ist auch mit den geplanten BYOD-Weiterbildungen nicht verhältnismässig, von den Lehrpersonen zu erwarten, dass sie in Zukunft technischen Support für diverse Betriebssysteme leisten können. So müsste für einen reibungslosen Einsatz der Methode «BYOD» in jeder Schule jederzeit ein Techniker abrufbar sein. Das ist aber fast nirgends der Fall. Die Techniker sind entweder ausser Haus oder Lehrpersonen, die vielleicht gerade unterrichten oder gerade nicht arbeiten. So geht wertvolle Zeit auf Kosten des Unterrichts verloren.

Lehrpersonen, die in ihrem Unterricht die neuen digitalen Methoden einsetzen und ihren Unterricht darauf abstimmen, sind blockiert, wenn nicht alle Geräte eingesetzt werden können, da man nicht einzelne Schüler abhängen lässt. Für Lehrpersonen, die den Schritt ins digitale Zeitalter noch nicht gewagt haben, wirkt das unübersichtliche Sammelsurium von unterschiedlichen Geräten zusätzlich abschreckend. Laufen jedoch alle Geräte mit derselben Soft- und Hardware, sind sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrpersonen schneller mit allfälligen technischen Problemen vertraut. Weiterbildungen können gezielt auf die benützte Softwareumgebung ausgerichtet werden.

Gleich gute Infrastruktur für alle Schüler

Die Geräte der Schüler sind von unterschiedlicher Qualität bezüglich der Einsatz-Möglichkeiten. Chancengleichheit bedeutet aber, dass alle auf dem gleichen Stand starten können, auch in technischer Hinsicht.

